Kamener Zeitung

Amtliches Anzeigenblatt für Kamen.
Anzeigenpreis für den Raum der einspaltigen Diamantzeile 50 Pfg., bei lokalen Anzeigen 40 Pfg. Reklamezeile 2,00 Mk. Bei Wiederholungen Rabatt nach Maßgabe unserer Insertionsbedingungen. Verlag der Kamener Zeitung G. m. b. H. Für die Redaktion verantwortlich H. Schubels, Kamen

Volksfreund für Kamen und Umgegend verbunden mit der
Märkischen Zeitung.

Freiwillige Unfall-Unterstützung
nach Maßgabe der ausliegenden Bedingungen. Erscheint täglich. Monatlicher Bezugspreis 5.50 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. Falls wir in der Herausgabe oder Zustellung der Zeitung gehindert sind, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Nr. 106 — Montag, den 9. Mai 1921 — 49. Jahrgang

Preußischer Landtag.

(Sitzung vom 7. Mai.)

Ersprießliche Arbeit wurde Sonnabend im Preußenhaus herzlich wenig geleistet. Gleich zu Anfang, als Minister des Innern Dominicus mitteilt, daß eine Meldung, wonach in Neiße ein französischer Offizier, ein französischer Kreiskontrolleur und ein Pole von Eisenbahnern gefangen genommen worden sind, weil sie bei dem Versuche der Sprengung einer Eisenbahnbrücke abgefaßt wurden, von der Eisenbahn widerrufen wurde, setzt ein tosender Lärm bei den Kommunisten ein, sodaß der Minister sich nur mit großer Mühe verständlich machen kann. Der Abgeordnete Schulz (Komm.) ruft: Zuhälter! — Präsident Leinert: Der letzte Ausdruck steht zu tief, als daß ich ihn durch einen Ordnungsruf ehren könnte. (Lebhafter Beifall. Erneuter Lärm und Gelächter bei den Kommunisten.) Ich bitte Sie, sich wie gebildete Menschen zu benehmen.

Minister Dominicus fortfahrend: Die Verhafteten sind inzwischen freigelassen worden. Es ist für mich ein selbstverständliches Gebot der Loyalität, diesen Irrtum vor aller Oeffentlichkeit zu berichtigen. (Neu einsetzender Lärm bei den Kommunisten. Zurufe: Wer ist verantwortlich? Es wird immer amtlich gelogen! Was geschieht mit dem, der gelogen hat?) Minister Dominicus schließend: Die Meldungen zum freiwilligen Eintritt in die Abo haben solchen Umfang angenommen, daß die zugelassene Höchstzahl bereits übe schritten. (Lebhafte Bravo-Rufe.) Es besteht in Oberschlesien die Gefahr einer großen Lebensmittelknappheit mit anschließenden Plünderungen. Die Staatsregierung hat sich mit dem Ernährungskommissar bereits in Verbindung gesetzt, daß er im Einvernehmen mit der Interalliierten Kommission schleunigst die notwendigen Lebensmitteltransporte nach Oberschlesien hinleite.

Ein Antrag der Kommunisten auf Besprechung der Regierungsmitteilung wird zugelassen. Nachdem der Abg. Scholich (Soz.) Einspruch gegen das Verhalten der Kommunisten Oberschlesien gegenüber eingelegt hatte, wird ein Schlußantrag gegen Kommunisten und Unabhängige angenommen. (Laute Proteste der äußersten Linken. Zuruf: Nationale Schieber! Es herrscht minutenlang ein solcher Lärm, daß sich der Präsident kaum verständlich machen kann. Schlußrufe der Linken führen zu neuen Auseinandersetzungen. Es entsteht ein wüster Skandal, aus dem nur die Worte Schieber, Schluß, herausTönen. Auf der Tribüne steht ein Abgeordneter, der sich vergeblich bemüht, sich verständlich zu machen. Die Glocke des Präsidenten vermag keine Ruhe zu schaffen. Die Abgeordneten drängen sich wild gestikulierend und schreiend um den Rednerstuhl. Präsident Leinert vertagt die Sitzung, während die erregte Szene im Saal fortdauert.

Als bei Wiederaufnahme der Sitzung Präsident Leinert in die Tagesordnung eintritt, erhebt sich der Spektakel auf der Linken von neuem. Die Rufe: Oberschlesien, Schluß, ertönen wieder. Mit Büchern wird auf die Pulte geschlagen. Der Präsident bemüht sich vergeblich, Ruhe zu schaffen. Seine Worte verhallen ungehört, übertönt von heiserem Geschrei. Dazwischen rufen die bürgerlichen Abgeordneten: „Ihr Affen!" Die Kommunisten schreien zum Präsidenten hinauf: Herunter mit dem Oberschieber. Der ganze Saal bildet eine aufgeregt gestikulierende Masse. Abg. Scholem (Komm.): Wir wollen wissen, was mit der Sivo ist. Die Rechte antwortet: Bubi sei still! Das Geschrei nimmt immer wieder größere Dimensionen an, während Präsident Leinert ruhig auf das Meer zu seinen Füßen blickt. Auch diese zweite Sitzung muß schließlich für eine Stunde abgebrochen werden.

Bei Wiedereröffnung beantragen die Kommunisten, die oberschlesische Frage als ersten Punkt auf die Montagssitzung zu setzen. Der kommunistische Antrag wird schließlich abgelehnt. Hierauf vertagt sich das Haus auf Montag 1 Uhr: Weltliche Schulen, Wohnungsnot, Kommunalabgabengesetz.

Preußischer Staatsrat.

Zum Vorsitzenden des Staatsrats wurde in der Sonnabendsitzung der Kölner Oberbürgermeister Dr. Adenauer gewählt, der in einer Ansprache die Rechte des Staatsrates, der wichtige Aufgaben habe, darlegt und vorschlägt, nachmittags eine besondere Sitzung anzuberaumen, um den Etat zu beraten. Nach längerer Ansprache wird die Sitzung auf nachmittags 4 Uhr festgesetzt.

Der Staatsrat genehmigte in der Nachmittagssitzung ohne Aussprache eine Anzahl kleiner Vorlagen. Auch das Gesetz über das Wählprüfungsgericht wurde gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten angenommen. Der Staatshaushaltsplan für das Jahr 1921 wurde auf Vorschlag des Aeltestenrates dem Haushaltsausschuß überwiesen. Der Vorsitzende erhielt die Ermächtigung, in Uebereinstimmung mit der Mehrheit des Hauses der Regierung das im Art. 1 vorgesehene Gutachten zu erstatten. Es folgte die Wahl von Ausschüssen. Der Haushaltsausschuß setzt sich aus 70 Mitgliedern zusammen, der Ausschuß zur Vorbereitung einer Geschäftsordnung, der zugleich vorläufig die Mandate prüfen soll, aus 16 Mitgliedern. Auf Antrag des Grafen v. Keyserling (Arbeitsgemeinschaft) wurde mit den Stimmen der Arbeitsgemeinschaft und des Zentrums die Einsetzung eines Ausschusses, der während der Ferien die Regierung in der oberschlesischen Frage beraten soll, beschlossen. Die Parteien der Linken widersprachen der Einsetzung dieses Ausschusses lebhaft, weil er diese reichsaußenpolitische Frage nur komplizire. Zum Schluß teilt Minister des Innern Dominicus mit, daß es durch Verhandlungen mit dem Präsidenten des Landtages und dem Aeltestenrat gelungen sei, die Unterbringung des Staatsrates zu bessern. Nächste Sitzung am 27. Mai.

Aeltestenausschuß des Reichstages.

(TU) Der Aeltestenausschuß des Reichstages befaßte sich Sonnabend in seiner Sitzung [illegible] mit der Form, in welcher der Präsident [illegible] Plenarsitzung am Freitag geschlossen hat. [illegible] Präsident hat die Sitzung selbständig und des § 61 der Geschäftsordnung geschlossen, nach welchem er dazu berechtigt ist, wenn [illegible] störende Unruhe in der Verhandlung eintritt. Die Unabhängigen erhoben zwar Bedenken gegen das Verhalten des Präsidenten und wollten es nicht als parlamentarisch richtig anerkennen, aber alle übrigen Parteien einschließlich des Präsidenten und billigten dessen Geschäftsführung. Sodann beschloß der Aeltestenausschuß, für Montag nachmittag 4 Uhr eine Sitzung anzuregen. Es soll aber die Regierung noch befragt werden, ob sie dann in der Lage sein wird, weitere Mitteilungen über die Vorgänge in Oberschlesien zu machen und ob sie damit einverstanden sei, daß eine Besprechung daran geknüpft werde. Sollte die Regierung zu diesem Verfahren nicht bereit sein, so wird der Aeltestenausschuß am Montag abermals zusammentreten, um zu entscheiden, ob die Sitzung abzuhalten ist.

Der preußische Haushalt 1921.

Der neue preußische Haushalt für 1921 ist im Finanzministerium fertiggestellt und wird nach Pfingsten dem Landtage zugehen. Er balanziert mit 16 776 716 736 Mark. Eine Anleihe ist nicht vorgesehen, doch ist beabsichtigt, den tatsächlichen Fehlbetrag von 2 Milliarden 360 Millionen Mark durch neue Steuern zu decken, die durch eine erhöhte Belastung des Grundvermögens und des Gewerbebetriebes aufgebracht werden sollen.

Die Ausgaben des neuen Etats übersteigen die des Haushalts von 1920 um 7178,2 Millionen Mark, weil jetzt endlich die Gemeindeanteile an den Reichssteuern in die Erscheinung treten. Die Betriebsverwaltungen bringen einen Ueberschuß von 932,5 Millionen Mark, das sind 441,8 Millionen Mark weniger als im Vorjahre. Die preußischen Anteile an den Reichssteuern werden für 1921 wie folgt veranschlagt: Einkommensteuer 4800 Millionen, Körperschaftssteuer 420 Millionen, Erbschaftssteuer 75 Millionen, Grunderwerbssteuer 225 Millionen, Umsatzsteuer 279 Millionen, Zuwachssteuer 2 Millionen. Die Stempelsteuern dürften nach der erfolgten Erhöhung der Gebühren 45 Milliarden Mehreinnahme bringen. Eine weitere Erhöhung der Gebühren und Kosten auf verschiedenen Gebieten ist geplant. Die neue Grundsteuer und die Erhöhung der Steuern aus Gewerbebetrieben, die vorbereitet werden, sollen 2 360 000 000 Mark abwerfen.

Dr. Mayr lehnt ab.

Berliner Blätter zufolge teilte Botschafter Dr. Mayr dem Reichspräsidenten mit, daß er den Auftrag zur Bildung eines neuen Reichskabinetts nicht übernehmen könne. Der Reichspräsident drückte den Wunsch aus, daß Dr. Mayr die endgültige Entscheidung auf Montag verschieben möchte.

Der deutsch-russische Handelsvertrag.

Am Freitag nachmittag wurde der vor kurzem angekündigte deutsch-russische Handelsvertrag in Berlin unterzeichnet. Er besteht aus zwei Teilen, deren erster sich auf die Kriegsgefangenen bezieht und die Rückkehr der noch in Rußland zurückgebliebenen Deutschen sicherstellt. Der zweite Teil betrifft die Regelung der Handelsbeziehungen und bestimmt im besonderen, daß für Geschäfte, die auf deutschem Boden abgeschlossen werden, deutsches Recht gültig ist. Deutschen Kaufleuten, die sich auf Geschäftsreisen nach Rußland begeben, wird jeder Schutz gewährleistet für ihre Person, ihr Eigentum und ihren Gewinn.

Fortdauer der französischen Vorbereitungen.

(TU) Die Truppenbewegungen für die Besetzung des Ruhrgebiets dauern fort. Die französische Bevölkerung verhält sich neutral. Einige kommunistische und anarchistische Jugendbünde haben einen Aufruf angeschlagen, der zur Dienstverweigerung auffordert. Die Polizei hat diese Anschläge unverzüglich gemacht und verschiedene Führer verhaftet. — Der Figaro meldet aus Düsseldorf: Ob Deutschland das Ultimatum der Alliierten annimmt oder nicht, in der Rheinarmee werden alle Vorbereitungen getroffen, als ob Deutschland bereits abgelehnt hätte. General Degoutte wird in einigen Tagen sein Hauptquartier in Düsseldorf aufschlagen, um es gegebenenfalls sofort nach Essen zu verlegen.

2 französische Kavalleriedivisionen.

Wie „Intransigeant" mitteilt, sind die 4. und 5. französische Kavalleriedivision zwischen der englischen und belgischen Besatzungszone im Rheinlande bereitgestellt. Sie werden innerhalb 24 Stunden nach dem Befehl zur Besetzung des Ruhrgebietes 120 Kilometer vorrücken. — Petit Parisien zufolge ist nach Schätzung in autorisierten Kreisen schon die gute Hälfte der Jahresklasse 1919 in den Rheinlanden angekommen.

Belgiens militärische Teilnahme.

Der belgische Ministerrat hat heute beschlossen, daß sich Belgien an den eventuellen Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland beteiligen soll. Ungefähr 10 000 Mann sollen nach Deutschland geschickt werden. Die belgischen Minister Jaspar und Theunis haben einigen belgischen Journalisten Mitteilungen über die Konferenz von London gemacht und in der üblichen Weise erklärt, daß die Verbündeten niemals einiger gewesen seien als diesmal und daß man die Deutschen „sehr gerecht und milde" behandle. Der Finanzminister sagte, daß durch den Londoner Plan der von Deutschland zu zahlende Schadenersatz aufgehört habe, eine politische Schuld zu sein und zu einer kommerziellen Schuld werde, dadurch, daß Amerika und die Neutralen einen Teil der Schuldscheine in die Hände bekämen. Auf diese Weise würde der gesamte deutsche Kredit sofort berührt werden, wenn Deutschland einmal in irgend einer anderen Sache in politische Schwierigkeiten gerate. — Damit gibt also der Minister den Zweck des Londoner Diktats, die wirtschaftliche Erpressung an Deutschland, offen zu. Eine andere Frage ist, ob trotz gewisser Annäherungszeichen Amerika auf die Anleihebeteiligung besonderen Wert legt, auch wenn man es mit Versprechungen bezüglich der alliierten Schulden zu ködern versucht.

Kahr in Berlin.

Der bayrische Ministerpräsident von Kahr befindet sich in Berlin, um mit der Reichsregierung Verhandlungen in der Besatzungsfrage zu führen. Da die Entente neben der angedrohten Besatzungsausdehnung bei Ablehnung des Ultimatums die Auflösung der Einwohnerwehren zu einer der Annahmebedingungen macht, wird wohl in Berlin über beide Punkte verhandelt werden, wobei die bekannte Handlung Kahrs vielleicht auch in der allgemeinen Politik auf die Stellung der Zentrumspartei bestimmend einwirkt.

Frankreichs wirtschaftliche Lage ist garnicht schlecht.

Die Baseler Nationalzeitung macht in ihrem Handelsteil darauf aufmerksam, daß bei der Beurteilung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Krise in Frankreich sichtlich politische Motive mitspielten. Es sei kaum verständlich, weshalb man gegenüber Frankreichs Entwickelung pessimistisch sein sollte. Die Handelsbilanz Frankreichs sei in fortdauernder Besserung und wenn sie unter dem Druck der Weltkrise seit März zum Stillstand gekommen sei, so könne man sich in Frankreich damit trösten, daß ähnliche Erscheinungen in anderen Ländern noch viel schärfer zu Tage treten. Frankreich sei jetzt im Besitz der billigsten Kohle. Es würde durch die Besetzung des Ruhrgebietes ein unwiderstehlicher Konkurrent Englands. Das französische Kohlen-Imperium auf dem Kontinent sei ein Ereignis, das notwendigerweise revolutionär wirken und für England verhängnisvoll sein müßte. Und wenn die Besetzung nicht eintreten sollte, produziere die französische Eisenindustrie infolge des Bezuges der billigen Kohle unter den günstigsten Bedingungen. Angesichts der kräftigen Landwirtschaft Frankreichs, seines reichen und noch wenig ausgebeuteten Kolonialgebietes und seiner bedeutenden Guthaben in Deutschland warnt das Blatt vor einer Ueberschätzung der französischen Krise. Selbst wenn die deutschen Reparationen nicht voll eingehen sollten. Das Blatt sagt zum Schluß, es seien alle Voraussetzungen für eine durchgreifende Besserung Frankreich gegeben, wenn die Politik nicht auch weiterhin alles verdürbe.

Die Vereinigten Staaten im Obersten Rat.

Die Vereinigten Staaten haben beschlossen, einen nicht amtlichen Vertreter in den Obersten Rat und Botschafterrat zu entsenden. Der amerikanische Kommissar in Paris, Roland Boyden, soll Vertreter im Reparationsausschuß werden.

Wie Havas aus Washington meldet, hat sich der Vertreter der Vereinigten Staaten in London, Oberst Harvey, nach England eingeschifft, um seinen Platz im Obersten Rat wieder einzunehmen. Der neue Botschafter der Vereinigten Staaten in Frankreich Harrich, ist an seine Stelle getreten. Hughes Wallace, der den Botschafterposten in Paris verläßt, wird die Vereinigten Staaten im Botschafterrat vertreten.

Bereitstellung von Reichswehr.

Sonnabend mittag 12 Uhr wurden am Potsdamer Güterbahnhof Reichswehrtruppen, ausgerüstet mit Stahlhelm und Handgranaten, geschmückt mit Blumen und umjubelt von der Menge, zur Abfahrt nach Oberschlesien versammelt. Später trafen auch einige tausend Mann Schutzpolizei ein. Die Reichswehr wurde auf Lastautos transportiert. — Der Landesbürgerrat für Schlesien fordert in Telegrammen an den Reichskanzler, den Reichswehrminister und an das Auswärtige Amt die sofortige Zusammenziehung der verfügbaren Reichswehr in Mittelschlesien, um in Oberschlesien eingreifen zu können, da die Ententetruppen außerstande sind, den Untergang Oberschlesiens aufzuhalten.

Neue Bestialitäten der Polenhorden.

In Ruda wurden nach einer Meldung des „Lokalanzeigers" 18 Deutsche, darunter Oberleutnant a. D. Georg von Lindeiner auf bestialische Weise von den Polen umgebracht. Es wurden ihnen die Augen ausgestochen und die Nasen abgeschnitten. In Laband und Sosnitza sollen ebenfalls Deutsche niedergemetzelt worden sein. Hindenburg ist von den Polen genommen worden und wird gegenwärtig geplündert. Gutentag wurde nach Artillerievorbereitung von regulären polnischen Truppen gestürmt. Die deutschen Führer dort wurden erschossen, weitere 100 Deutsche verschleppt. In Beuthen kostet das Brot heute 10 Mark. Die Lebensmittel gehen in der Stadt zu Ende. Zur Linderung der großen Lebensmittelnot an verschiedenen Stellen Oberschlesiens soll nach Vereinbarung des preußischen Ministers des Innern mit dem Reichsernährungsminister alsbald ein Transport von Mehl und gegebenenfalls auch von Fleisch nach Oberschlesien gesandt werden.

Im allgemeinen ist die Lage unverändert. Uschütz ist in deutscher Hand, Mittel-Seichwitz wechselt den Besitzer. Schiroka, Grunowitz, Wendrin, Kudowa und Sausenberg sind zurückgenommen. Thule und Budkowitz sind ebenfalls in deutscher Hand. Die ganze Nordfront des Kreises Kreuzburg ist unversehrt. In Kreuzburg ist alles ruhig. Auch in den umliegenden Dörfern ist die Nacht ruhig verlaufen. Auf der Linie Klein Sassowitz—Skorkau—Grunowitz ist in der vergangenen Nacht gekämpft worden. Die Linie wurde vorgetragen und verläuft wie oben angegeben.

Das von den Polen besetzte Gebiet.

Nach den bis Sonntag abend 8 Uhr eingelaufenen Nachrichten verläuft die Linie des von den Aufständischen besetzten Gebietes von nördlich des Kreises Rosenberg, beginnend östlich Seichwitz, östlich Bankau, westlich Wendrin, östlich Turanwa und Kraschow, östlich der Molapone und Darnau, westlich Leschnitz, östlich Kandrzin, sodann längs der Oder bis zur Grenze. — In der rein deutschen Stadt Kattowitz ist das Standrecht verhängt worden. Jeder Zivilist, der mit Waffen angetroffen wird, wird nach Befehl der interalliierten Kommission standrechtlich erschossen. Die Stadt Königshütte befindet sich in den Händen der Aufständischen. Nur das Rathaus wird von französischen Truppen besetzt gehalten. Zwischen Gleiwitz und Petersdorf haben Schießereien stattgefunden. Bei Bankau im Kreise Kreuzburg scheiterte ein Angriff der Aufständischen. Ebenso mußte Leschnitz im Kreise Groß-Strehlitz von den Aufständischen wieder geräumt werden. Die Notlage der deutschen Bevölkerung wächst von Stunde zu Stunde. Dementsprechend steigert sich auch der Erregungszustand, in dem sich die deutsche Bevölkerung befindet. — Geheimer Kommerzienrat Riedt, der Generaldirektor der Oberschlesischen Eisenbahnbedarfs-A.-G. wurde am Sonnabend auf dem Bahnhof Laban unter den Augen der französischen Besatzung von polnischen Aufständischen fortgeschleppt.

Besorgnisse der „Temps"

(TU) Der „Temps" hofft daß keine Truppenverstärkungen in Oberschlesien nötig sind, und daß die Achtung vor dem General Lerond genügen werde, um die Lage wieder herzustellen. Das Blatt meint, die dem europäischen Frieden drohende Gefahr dauere fort, solange Deutschland über ein Heer von 100 000 Mann verfüge.

Tagesereignisse.

— (Graf Oppersdorff unter dem Schutz der Franzosen.) Die Schlesische Zeitung meldet aus Oppeln: Graf Oppersdorff ist hier eingetroffen. Die Menge erkannte ihn und wollte tätlich gegen ihn vorgehen. Sofort kamen zu seinem Schutz Franzosen mit Maschinengewehren und brachten ihn in Sicherheit.

— (Massenverurteilung von Kommunisten.) Das Erfurter Sondergericht verurteilte 28 Kommunisten, die der in den Leuna-Werken gebildeten Roten Armee angehört hatten und mit der Waffe in der Hand von der Erfurter Schutzpolizei in Bachrach gefangen genommen worden waren, zu Gefängnisstrafen von fünf Monaten bis zu 2½ Jahren.

— (Die Kosten der amerikanischen Besatzung.) Die Unterhaltungskosten des amerikanischen Heeres am Rhein belaufen sich bis jetzt auf 286 Millionen Dollar. Deutschland hat davon an Geld und Waren ungefähr 17 Millionen zurückgezahlt. Auf dem deutschen Kredit steht ferner der Wert der von den Vereinigten Staaten beschlagnahmten deutschen Schiffe. „Newyork Herald" bemerkt, daß die amerikanische Forderung zu den 132 Milliarden Goldmark hinzugeschlagen werden soll, falls Washington den Friedensvertrag oder wenigstens die finanziellen Bestimmungen ratifiziert. Andernfalls würde mit Deutschland eine besondere Abrechnung stattfinden

Westfalen und Rheinland.

Umgang mit Geld.

Von Bürgermeister i. R. Quehl in Halle (Saale).

Kamen, 9. Mai. Soll man die unsauberen, vielfach geflickten Papierscheine und die klanglosen, unansehnlichen Münzen noch als Geld bewerten? Gewiß, wer Geldscheine, Münzen und Briefmarken einnimmt und ausgibt, ist im allgemeinen Interesse, der Herstellungskosten halber und aus gesundheitlichen Gründen verpflichtet, all diese Z[eichen] zeichen pfleglich zu behandeln und zu behüten. Sie sind trotz des zumeist unschönen Aussehens und des geringen Stoffwertes notwendig. Wer solche nicht hat oder keinen Kredit besitzt, kann nichts kaufen, nicht wirtschaften, wenn ihn Tausch, bargeldloser Verkehr, der mehr gepflegt werden sollte, und anderes nicht darüber hinweghelfen. Mit alledem muß gerechnet werden; ehe Deutschland wieder in Form, Ausstattung und Güte annehmbare Zahlungsmittel erhält, werden leider noch Jahrzehnte vergehen. Trotz des geringen materiellen Wertes der zeitigen Geldsorten ist darauf zu halten, daß diese nicht unnötig aufbewahrt werden. Geld muß arbeiten, gehört an die Stellen, an denen es gebraucht wird. Dadurch schützt sich das Publikum gleichzeitig gegen Verluste aus: Verlieren, Verbrennen, Beraubung und dem eigenen Angriff für unnötige Ausgaben. Dem Gelderwerbe gegenüber steht der Geldverlust. Das Geld wird jetzt bei weitem nicht so geschützt und behandelt, wie früher; es wird im allgemeinen leichter ausgegeben, gleitet vielen Leuten durch die Finger. Nur zu oft kann man wahrnehmen, wie Geld und Geldwerte schlecht aufbewahrt, unvorsichtig behandelt und angelegt werden, im kleinen wie im großen. In geradezu unverantwortlicher Weise wird beim Befördern von Geld zur Post, Bank und zurück in die Wohnstätten und Geschäftsräume verfahren. Dienstboten wird zuweilen Geld in größeren Beträgen zum Handabtrag oder Wechseln anvertraut. Lehrlingen, Haushältern und sonstigen Angestellten werden oft große Summen zum Austragen oder Einholen ohne genügenden Schutz übergeben. Derartig, zuweilen übergroßes Vertrauen, führt nebenbei nur zu oft in Versuchung und zur Unehrlichkeit, kann auch dem Ueberbringer in der Zeit der Unsicherheit und Gewalttaten das Leben gefährden. Ersparnisse, Verkaufserlöse und ähnliche Einnahmen werden nicht selten nach ganz veralteter Art unsicher und planlos aufgestapelt. Solche Gelder dürften öffentlichen Sparkassen, sicheren Banken, sei es als Spareinlage, zum Ankauf von Wertpapieren oder zur Niederlegung, wenn auch nur auf Zeit, zuzuführen sein. In größeren Mengen können sie anderweit sicher angelegt werden. Wie viele Gelder „kleiner Leute" sind ohne ausreichende Sicherheit ausgeliehen, besonders an Verwandte und Bekannte, die nicht selten die nahen Beziehungen mißbrauchen, in zweifelhaften, oft wertlosen Hypotheken, minderwertigen Schuldscheinen angelegt. Viele Leute würden zum eigensten Vorteil gut tun, in all diesen Dingen eine gründliche Nachprüfung und anderweite Regulierung eintreten zu lassen.

Geld darf selbstverständlich nicht die erste und ausschlaggebende Stelle im Leben einnehmen, aber es verdient weitgehende, sorgsame Beachtung. Ehrlicher Erwerb und Sicherung des Geldes, Umgang mit solchen und richtige Bewertung desselben bilden wertvolle Richtlinien zu Wohlstand und Zufriedenheit. In allen diesen Dingen bietet sich für Vereine, Beratungsstellen und Volksfreunde ein dankbares Arbeitsfeld zur Aufklärung und zum Schutze „kleiner Leute".

*

Kamen, 7. Mai. **(Verschiedenes.)** In der 17. Jahreswoche vom 17. bis 23. April sind im Landkreise Hamm folgende Fälle von **übertragbaren Krankheiten** amtlich gemeldet worden: Erkrankungen an Kindbettfieber 1 (Berge), Scharlach 1 (Fröndenberg); Todesfälle durch Tuberkulose 3 (je 1 Unna, Oberaden, Norddinker). — Im ganzen Reg.-Bez. Arnsberg betrug die Zahl der Krankheitsfälle (Todesfälle eingeklammert) bei Diphtherie 30 (1), Genickstarre 4 (1), Kindbettfieber 13 (2), Tuberkulose (93), Scharlach 21, Unterleibstyphus 7 (1), Fleckfieber (1), Grippe 28 (27), Schlafkrankheit (1).

(Beschleunigter Ausbau des Eilzugverkehrs Dortmund—Köln.) Der Verkehrsverband „Industriebezirk" hatte sich anfangs April an den Reichsverkehrsminister gewandt, um einen beschleunigten Ausbau der Eilzugverbindungen auf der Strecke Dortmund—Köln zu erreichen. Von jeher ist es als Uebelstand empfunden worden, daß die den Industriebezirk berührenden, durchgehenden Fern-D-Züge von der Eisenbahnverwaltung mit als Träger des inneren Bezirks-Schnellverkehrs Dortmund—Düsseldorf—Köln angesehen werden. Dieser Massenverkehr gehört grundsätzlich nicht in durchgehende starkbesetzte Fern-D-Züge. Mangels genügender schnellfahrender Eilzüge zwischen Köln und Dortmund ist man bisher zur D-Zugbenutzung auf dieser kurzen Strecke gezwungen, was einmal zu unnötiger Fahrtverteuerung führt, zum anderen die weitfahrenden Fernreisenden ganz erheblich belästigt. Der Reichsverkehrsminister hat die Prüfung dieses Antrages auf beschleunigten Ausbau der Eilzüge auf beschleunigten Ausbau der Eilzüge auf der Strecke Dortmund—Köln zugesagt. Gleichzeitig sind die Eisenbahndirektionen Essen, Elberfeld, Köln und Münster angewiesen worden, den Verkehrsverband „Industriebezirk" künftig an den Besprechungen über Neuerungen und Aenderungen in den Fahrplänen für den Personenverkehr zu beteiligen. Die Belange des Industriegebiets erfordern es, daß man zur Geschäftserledigung in Köln oder umgekehrt von Köln zum Industriegebiet einschließlich Eilzugfahrt nicht mehr als einen halben Tag braucht. Diese Fahrgelegenheit mit zuschlagfreien Eilzügen nach jeder Richtung muß mindestens früh am Tage, am Vormittag, in der Mittagstunde, am Nachmittag, und am Abend vorhanden sein.

Die Zwangsbewirtschaftung für Petroleum ist am 1. Mai aufgehoben worden. Lediglich über die aus dem Auslande einzuführenden Gesamtmengen behält sich das Reich gegenüber den Einfuhrgesellschaften noch die Kontrolle vor. Höchstpreise für Petroleum werden von der Regierung nicht mehr festgesetzt. Damit ist wieder ein wichtiger Bedarfsartikel des täglichen Gebrauchs von den Fesseln der Zwangswirtschaft befreit. Eine erfreuliche Wirkung dieser Maßnahme wird sein, daß die Hausfrau wieder in jedem Kolonialwarengeschäft Petroleum für Beleuchtungs-, Heiz- und Kochzwecke in beliebiger Menge erhalten kann und sich nicht mehr mit minderwertigen Ersatzmitteln zu behelfen braucht. Wie wir hören, haben die Petroleum-Importgesellschaften den Großhandelspreis für Petroleum neuerdings um mehr als 1 Mark pro Liter ermäßigt.

(Postsendungen mit Reklameaufdrucken.) In letzter Zeit haben sich in verschiedenen Orten Unternehmungen aufgetan, die gewerbsmäßig Reklamen sammeln, Briefumschläge, Kartenbriefe oder Karten damit bedrucken oder bedrucken lassen und sie zu ermäßigtem Preis an beliebige Abnehmer vertreiben, damit diese sie zu Versendungen mit der Post unter der Aufschrift bestimmter Empfänger benutzen sollen. Dieses Verfahren ist nach den postgesetzlichen Vorschriften und nach der Postordnung nicht angängig. Dem gewerbsmäßigen Sammeln oder Verteilen solcher Gegenstände und ihrer Versendung mit der Post unter der Aufschrift bestimmter Empfänger stehen Artikel 3 der Postgesetznovelle vom 20. Dezember 1899 und Paragraph 1 des Reichs-Postgesetzes, betreffend den Postzwang, entgegen. Die Postordnung geht im § 3 davon aus, daß nur der Absender Angaben und Abbildungen auf Briefsendungen anbringen darf, und schließt in § 5 Sendungen von der Postbeförderung aus, deren Außenseite oder sichtbarer Inhalt gegen die Gesetze verstößt. Die Postanstalten sind ausnahmsweise ermächtigt worden, bereits hergestellte Briefumschläge, Kartenbriefe und Postkarten dieser Art noch bis spätestens 1. Juli 1921 unbeanstandet zur Beförderung zuzulassen, wenn sie sonst den postdienstlichen Anforderungen entsprechen.

Dortmund, 7. Mai. **(Verschiedenes.)** Für die Ermittelung der Verbrecher, die am 30. März d. J., abends 9,50 Uhr das Sprengattentat auf das Dortmunder Stadthaus unternommen haben, ist eine **Belohnung von 5000 Mark ausgesetzt.** — **Nach Unterschlagung von 44 000 Mark** zum Nachteil einer hiesigen Firma, für die er das Geld bei einer hiesigen Bank abgehoben hatte, ist flüchtig geworden der Kaufmann Wilhelm Möllmann, bisher hier, Sonnenstraße 11b, wohnhaft gewesen. — Vor dem **außerordentlichen Gericht** stand am Mittwoch der kommunistische Stadtverordnete und Schriftsteller Otto Richter unter der Anklage des verbotenen Schußwaffenbesitzes. Er soll einmal versucht haben, eine Pistole bei einer bekannten Familie unterzubringen und in den Unruhetagen des vergangenen März 5 Revolver in einer Aktenmappe im Stadtverordnetensitzungssaal zu verstecken, damit sie nicht auf dem Parteibüro der V. K. D. gefunden würden. Die Anklage stützte sich im wesentlichen auf die Aussage einer Frau Bock, deren Glaubwürdigkeit aber durch den Angeklagten erschüttert wurde. Ferner kam in der Beweisaufnahme zur Sprache, daß in der Parteikasse der Kommunisten 30- bis 40 000 Mark fehlten. Während die Zeugin Frau Bock den Angeklagten Richter verdächtigte, antwortete dieser mit dem Hinweis, daß sein Parteifreund Behrs über die Unterschlagung wisse. Wegen des Widerspruchs in den Zeugenaussagen beantragte der Staatsanwalt Freisprechung, die auch erfolgte.

(TU) **Hagen**, 6. Mai. **Das Sondergericht** versagte allen Angeklagten mildernde Umstände. Acht angeklagte Kommunisten wurden zu Zuchthausstrafen von einem Jahr sechs Monaten bis zu fünf Jahren sechs Monaten, sechs Angeklagte zu Gefängnisstrafen von ein bis drei Monaten verurteilt. Elf Kommunisten wurden freigesprochen.

! **Hemer**, 7. Mai. **(Vom Steinfelsen erschlagen.)** Dem Steinbrucharbeiter Malskorn stürzte in den Westfälischen Steinbrüchen ein etwa 60 Zentner schwerer Stein auf den Körper. Der Bedauernswerte war sofort tot und wurde in die Leichenhalle des Amtskrankenhauses in Hemer gebracht.

*

Um die Kopfsteuer von 3 Millionen.

(bu) **Buer**, 7. Mai. Zwischen der Harpener Bergbau-Aktiengesellschaft zu Dortmund und dem Steinkohlenbergwerk „Graf Bismarck" in Gelsenkirchen einerseits und dem Magistrat der Stadtgemeinde Buer andererseits war, wie die „Buersche Zeitung" schreibt, ein Prozeß wegen Gemeindegewerbesteuer entstanden, mit welchem sich das Oberverwaltungsgericht zu befassen hatte. Auf Grund der für Buer am 4. Februar 1920 ergangenen Gemeindegewerbesteuerordnung waren die Harpener Bergbau-Aktiengesellschaft und das Steinkohlenbergwerk „Graf Bismarck" vom Magistrat in Buer zur Gemeindegewerbesteuer in Höhe von 1 236 550 Mark bezw. 1 893 500 Mark herangezogen worden; die Steuerveranlagung war auf Grund des § 5 der Steuerordnung erfolgt, welcher die Besteuerung nach der Zahl der beschäftigten Personen (Kopfsteuer) vorsieht; bei der Veranlagung der Harpener Bergbau-Aktiengesellschaft war von einer Kopfzahl von 3633 und bei dem Steinkohlenbergwerk „Graf Bismarck" von 5410 beschäftigten Personen ausgegangen worden. Nach fruchtlosem Einspruch hatten die Harpener Bergbau-Aktiengesellschaft und das Steinkohlenbergwerk „Graf Bismarck" den Weg der Klage im Verwaltungsstreitverfahren beschritten mit dem Antrage auf Freistellung von der geforderten Steuer, da in der Steuerordnung nicht das Verhältnis bestimmt sei, in welchem die Kopfsteuer usw. zu den übrigen Steuermaßstäben stehe; das Merkmal der Kopfsteuer sei ein persönliches; es seien auch verschiedene Beamte bei der Festsetzung der Kopfzahl mitgezählt worden, die nichts mit dem Betriebe zu tun hätten; unter diesen Umständen sei die Steuerordnung als ungültig anzusehen. Der Bezirksausschuß wies aber die erhobene Klage als unbegründet ab und betonte, der Magistrat von Buer habe bei der Veranlagung die ihm gesetzlich gezogenen Grenzen nicht überschritten. Die vom Magistrat beschlossene Verteilung des Steuerbedarfs auf die verschiedenen Steuerarten sei vom Bezirksausschuß genehmigt worden; dieser Genehmigung habe alsdann der Oberpräsident zugestimmt. Mithin habe eine Steuer von 350 Mark pro Kopf erhoben werden dürfen. Die Steuerordnung, insbesondere die Vorschrift des § 6, sei als gültig anzusehen, nicht der Wohnsitz der Arbeiter schlechthin, sondern ihre Beschäftigung im Bergwerksbetriebe sei ausschlaggebend. Das Kommunalabgabengesetz überlasse es den Gemeinden, die Steuer nach sonstigen Merkmalen des Betriebes zu bemessen; die Zahl der beschäftigten Personen lasse einen Rückschluß auf den Umfang des Betriebes zu. Das Verbot der Besteuerung des Umsatzes durch die Gemeinden gelte erst vom 1. Januar 1920 ab und könne keinen Einfluß auf die Gültigkeit der Steuerordnung ausüben. Gegen diese Entscheidung legten die Harpener Bergbau-Aktiengesellschaft und das Steinkohlenbergwerk „Graf Bismarck" Revision beim Oberverwaltungsgericht ein, welches auch die Vorentscheidung aufhob und die klagenden Bergwerksgesellschaften von der ihnen abverlangten Gemeindegewerbesteuer völlig freistellte, indem geltend gemacht wurde, die Revision sei begründet und die angefochtene Steuerordnung für ungültig zu erklären, da sie das Verhältnis nicht bestimme, in dem die Fixsteuern, Kopfsteuer, Warenhaussteuer zu den übrigen Steuermaßstäben stehen; in § 14 der Ordnung werde lediglich gesagt, daß die in bestimmten Paragraphen festgelegten Sätze die Bedeutung von Verhältniszahlen haben; hinsichtlich des Verhältnisses der übrigen Maßstäbe sei nichts erwähnt. Hingegen wären die übrigen gegen die Gültigkeit der Steuerordnung gerichteten Angriffe nicht geeignet gewesen, die Steuerordnung zu Fall zu bringen. Das Merkmal der Kopfsteuer sei die Tatsache der Beschäftigung der Arbeiter; zu den im Sinne der Steuerordnung verpflichteten Arbeitern seien alle Arbeiter und Angestellten bis zu einem bestimmten Einkommen zu zählen, welche in Buer beschäftigt werden; es sei gleichgültig, ob sie unter Tage, im Büro usw. beschäftigt werden; es sei allein maßgebend, daß die Beschäftigung in den in Buer gelegenen gewerblichen Unternehmungen erfolgte. Der Umstand, wo sich die Hauptniederlassung eines Unternehmens befinde, sei nicht als ein persönliches Merkmal des Gewerbetreibenden anzusehen; ebenso würde die Tatsache, daß das neue Umsatzsteuergesetz die Besteuerung des Umsatzes durch die Gemeinden vom 1. Januar 1920 nicht mehr zulasse, die Steuerordnung nicht ungültig machen. Allein das erwähnte Fehlen des Verhältnisses zwischen den einzelnen Steuermaßstäben führe zur Ungültigkeitserklärung der Steuererklärung der Steuerordnung und zur Freistellung der klagenden Bergwerksgesellschaften von der geforderten Gemeindegewerbesteuer. Infolgedessen sind die Harpener Bergbau-Aktiengesellschaft und das Steinkohlenbergwerk „Graf Bismarck" von 3 Millionen Mark Steuern befreit worden.

*

Buer, 7. Mai. **(Streikende Biertrinker?)** Am Himmelfahrtstage hat das Freie Gewerkschaftskartell Buer in einer Versammlung zu den Bierpreisen in unserer Stadt Stellung genommen. Das Ergebnis war folgende Entschließung: „Die Vertreter von 8—9000 frei organisierten Arbeitern und Angestellten im Freien Gewerkschaftskartell zu Buer i. W. erheben schärfsten Protest gegen die hohen Bierpreise in Buer und weisen darauf hin, daß in anderen Städten, z. B. in Gelsenkirchen, Dortmund, Essen usw. die Bierpreise ganz erheblich niedriger sind, und daß die freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten der Ansicht sind, daß das, was anderwärtig möglich ist, auch in Buer möglich sein muß. Falls eine Senkung der Bierpreise in Bälde nicht erfolgt, werden die schärfsten Maßregeln ergriffen werden, u. a. soll für einen Bierproteststreik propagiert werden." — Wenn man ernstlich an einen solchen Streik denken sollte, wäre seine schleunige Durchführung ratsam, da etwa kommende heiße Tage und der an ihnen erfahrungsgemäß besonders stark auftretende Durst leicht zu große Anforderungen an die Energie der Streikenden stellen könnten.

(g) **Barenfell**, 9. Mai. **(Tödlicher Unglücksfall.)** Der in Barenfell Nr. 193 wohnende Arbeiter Joseph Stratefteffen stürzte gestern abend um 5 Uhr auf dem Bahnhof zu Gütersloh von der Plattform eines Wagens des bereits in voller Fahrt befindlichen Zuges der Teutoburger Wald-Eisenbahn. Es wurden ihm beide Beine abgefahren. Die Verletzung war so schwer, daß der Tod bald eintrat.

? **Gronau**, 6. Mai. **(Kampf mit Schmugglern.)** In der Nacht auf Mittwoch stellten mehrere Zollbeamte an der holländischen Grenze zwei Schmuggler, die jedoch die wiederholten Halirufe nicht beachteten. Die Zollbeamten mußten daher von ihrer Waffe Gebrauch machen und verletzten einen der Schmuggler durch einen Schuß in den Rücken schwer. Der andere Schmuggler konnte mit seiner Beute entkommen. 73 Pfund Tabak konnten beschlagnahmt werden.

(g) **Paderborn**, 7. Mai. **Auf der Jagd nach Einbrechern** befand sich die gesamte Polizeimannschaft am Dienstag nachmittag, worüber wir das Nachstehende in Erfahrung bringen konnten: In der Wohnung des Bahnwärters K. in Scharnede erschienen um die Mittagszeit zwei junge Burschen, die angeblich Eier kaufen wollten. Als sie sich mit dem Dienstmädchen allein im Hause vermuteten, überfielen sie dieses, knebelten es und durchsuchten darauf das Haus. Die Frau K., die krank im Schlafzimmer lag und den Vorfall gehört hatte, flüchtete darauf in durch das Fenster auf die Straße und rief laut um Hilfe. Als die Burschen sich entdeckt sahen, nahmen sie Reißaus auf Essen zu und benutzten von da den 1,33 Uhr hier eintreffenden Arbeiterzug. Am Bahnhof Paderborn bemerkten sie, daß die Verfolger ihnen wiederum auf den Fersen waren. Sie flüchteten dann durch das Riemekefeld der verlängerten Schulstraße zu, wo sie in den auf dem Grundstücke des Eichamts sich befindenden Kanal

---

Im Frühling.

Ich sage euch, es ist alles heilig jetzt;
Und wer um Blühen einen Baum verletzt,
Der schneidet ein, wie in ein Mutterherz
Und wer sich eine Blume pflückt zum Scherz
Und sie dann von sich schleudert sorgenlos,
Der reißt ein Kind von seiner Mutter Schoß.
Und wer dem Vogel jetzt die Freiheit raubt,
Der sündigt an eines Sängers Haupt,
Und wer im Frühling bitter ist und hart
Vergeht sich wider Gott, der sichtbar ward.

Jean Paul Richter.

Vom Wege ab.

Roman von Erich Ebenstein.

(Nachdruck verboten.)

10. Fortsetzung.

Frieden, einen dauernden und ehrlichen Frieden zu schließen, war auch Rolands Bestreben, als er zu seiner Braut ging, um seine gestrige Absage zu erklären.

Aber Irene verhielt sich seinen Aufklärungen gegenüber ungewöhnlich ablehnend. Mit eisiger Miene hörte sie ihn an, wie Roland ihr von dem pneumatischen Brief erzählte, der ihm Stellas Streich mitteilte und ihn beschwor, nachmittag ja gewiß zu Frau Wandl zu kommen.

Und als er endlich schwieg, blieb auch sie stumm, Bitterkeit und Schmerz in ihrem Herzen vergeblich niederkämpfend.

So weit also war es zwischen ihnen gekommen, daß er lieber seiner Braut absagte als diesem albernen Gänschen, dessen Bestrebungen für jeden Unbefangenen ja nun so durchsichtig waren!

Nur er sah es nicht oder — wollte nicht sehen. Aber er nicht sah, welche Demütigung er ihr, der Braut, damit antat, daß er sich zum Spielball eines verliebten oder auch nur berechnenden Mädchens machte.

„Du, Irene", sagte Roland, den ihr Schweigen beunruhigte, und ihre abweisende Miene reizte, endlich, „warum sagst du mir kein Wort? Ist es möglich, daß du böse bist und nicht einsiehst, in welcher Zwangslage ich mich befand?"

„Nein, das sehe ich allerdings nicht ein. Welche Zwangslage meinst du eigentlich?"

Ihr Ton war eisig kalt und machte ihn unwillkürlich frösteln.

„Ich konnte dieses kopflose, junge Geschöpf doch nicht sich selbst überlassen . . ."

„Aber mir konntest du ohne weiteres absagen, obwohl es seit Wochen bestimmt war, daß wir gemeinsam zum Derby fahren, und obwohl du dir, so gut wie ich, sagen mußtest . . ."

„Was — Irene?"

„Nichts. Wenn du es nicht selbst weißt, hätte es keinen Zweck, darüber zu sprechen", sagte sie schroff.

„Irene — mußt du wirklich diesen harten Ton mir gegenüber anschlagen? Du bist doch sonst so gerecht! Bedenke doch, daß sich Stella in großer Aufregung befand und überhaupt ein unberechenbares kindisches Wesen ist, das in der Erregung schon einmal den Kopf verlor und —"

„Ich weiß: sich ins Wasser stürzen wollte aus „unglücklicher Liebe", die sie nachher sehr schnell vergaß: Du fürchtetest wohl, sie könnte dies noch einmal tun, wenn du nicht kämst, nur da„ ihr flatterhaftes Herz diesmal einen andern Mann zum Vorwand für die Komödie genommen hätte!"

Er zuckte zusammen und fliegende Röte bedeckte sein Antlitz. Dann sagte er schroff: „Du phantasierst. Deine Eifersucht macht dich blind . . . ." und als sie entrüstet auffahren wollte, fuhr er sich überstürzend fort: „Beruhige dich: Ich meine ja durchaus nicht Eifersucht im gewöhnlichen Sinne. Wie könntest du diese fühlen, da du nichts von Liebe weißt? Es ist nur deine Eitelkeit und Herrschsucht, die sich auflehnt gegen das teilnehmende Mitleid, das ich jenem Mädchen widme. Glaubst du, ich merkte es nicht längst, daß deine Worte von gegenseitigem Verstehen und Achtung vor der Freiheit des andern — nur schöne Phrasen waren? Im Grunde verlangst du von dem Mann deiner Wahl doch genau dasselbe wie jede andre gewöhnliche Frau: unbedingte Unterwerfung unter deinen Willen, blinden Götzendienst — das alte Käfigsystem. Nur daß du dafür nicht einmal die Liebe als Entschuldigungsgrund anführen kannst!"

Auch über Irenes Antlitz huschte fliegende Röte. Sie richtete sich hoch auf. Ihre tiefliegenden Nixenaugen von wechselndem Farbenspiel waren ganz dunkel geworden.

„Lassen wir die Liebe aus dem Spiel", sagte Irene kalt. Was ich von dir verlange, ist einfach, daß du mich nicht zum Gespött der Leute machst!"

„Ich dachte, du seiest erhaben über Klatsch! Wenigstens sagtest du mir dies vor wenigen Wochen."

„Gewiß — solange es sich nur um leeren Klatsch handelt! Aber damals konnte ich noch nicht voraussehen, daß du bis zur Lüge herabsteigen würdest für jenes Mädchen, daß sie dir mehr gilt als dein Ruf — mehr als ich — und daß sie sich in dich verlieben würde!"

„Irene!" Verwirrt und bestürzt sah er sie an. „Woher konnte sie dies wissen? Hatte er sich unbewußt verraten oder sah ihr hellseherischer Blick auch das, was er ihr ängstlich hatte verbergen wollen? Ruhig fuhr Irene fort: „Verstelle dich nicht, mir dies auszureden, ich weiß, es ist so. Ich weiß heute auch, was ich schon im ersten Augenblick ahnte: Dieses Mädchen hat weder wahren Bildungstrieb noch ernsten Lerneifer — sonst wäre sie ja im Institut geblieben — an ihr ist alles sprunghafte Laune und bewußte, oder unbewußte Komödie. Sie hat unklare Vorstellungen vom Leben und will sich entweder versorgen oder auch bloß das Leben genießen. Das einzig Wahre an ihr ist wohl nur, daß sie den Ehrgeiz hat, aus der „Boheme" herauszukommen, in der sie zuletzt gelebt. Solchen Mädchen hilft man in Gottes Namen, indem man ihnen eine ihrem Horizonte angemessene Stellung verschafft, aber man macht sich nicht zum Mitspieler bei ihren Grotesken!"

„Du bist sehr hart in deinem Urteil!"

„Das sagtest du mir schon einmal. Aber ich bin nur wahr und sehe im Gegensatz zu dir die Dinge, wie sie sind. Kaufe dem Mädchen irgendein Wäsche- oder Ansichtskartengeschäft und wenn du das nicht willst, verschaffe ihr einen Posten als Verkäuferin oder dergleichen. Lasse sie dann sich ihr Schicksal selbst weiter gestalten und kümmere dich nicht darum."

„Das ist ausgeschlossen!" fuhr Roland auf. Er war tief empört über die summarische Art, mit der Irene über Stellas Schicksal verfügen wollte, und die geringschätzige Weise, in der sie von ihr sprach. Aus all ihren Worten hörte er nur das Bestreben heraus, ihm einen Entschluß aufzunötigen, der ihm widerstrebte, einen Zwang auf ihn ausüben, wie es seine Brüder bereits versucht hatten.

Wie hätte er Stella dies auch antun können? Jetzt, wo er wußte, daß sie litt um seinetwillen. Trotz und Mitleid bäumten sich in ihm auf gegen jeden derartigen Vorschlag.

„Was du verlangst, ist unmöglich", sagte er kühl. „Du unterschätzt Stella Ricardini doch wohl, wenn du sie so gering taxierst. Sie ist ja gewiß nicht so vernünftig und abgeklärt wie du, dafür aber besitzt sie Idealismus und ein fein ausgebildetes Gefühlsleben. Ich kann das Vertrauen, welches sie in mich setzt, nicht täuschen, indem ich ihr Geld für Teilnahme biete und sie zeige um Stich lasse um elenden Klatsches willen."

„Nicht darum. Um meinetwillen. Die ich es verlange — nein, die dich darum bittet, Roland!"

„Auch dann nicht! Jede andre Bitte werde ich dir mit Vergnügen erfüllen — diese nicht. Sie entspringt ja doch nur einer sehr kleinlichen Regung oder — man hat dich aufgehetzt. Das einzige, was ich dir versprechen kann, ist: ich künftig nicht mehr mit dieser Angelegenheit zu belästigen."

„Und du glaubst, das würde mir genügen?" fuhr Irene, zum erstenmal ihre Ruhe verlierend, auf. Sie stand kerzengerade vor ihm, wunderschön in ihrer mühsam verhaltenen Erregung mit den dunkel leuchtenden Augen, in denen ein seltsam heißes Feuer brannte.

Betroffen — fragend starrte er sie an, während dieselbe merkwürdige Unruhe ihn ergriff, wie an ihrem Verlobungsabend.

„Du hast mir gesagt, du würdest immer an meiner Seite stehen . . ." murmelte er endlich verwirrt.

„Solange Vertrauen und Achtung die Basis unsres Bundes bilden — ja: Aber ich habe beides verloren . . .", sie strich mit bebenden Händen über das goldblonde Haar an ihren Schläfen, „und deine Meinung über mich hat sich ja auch geändert . . . Ich bin ein Hemmnis geworden auf deinen Weg, der dir ein andrer ist, als der, den wir einst gemeinsam abstecken. Möge es dir kein Golgatha werden — dies ist alles, was ich dir heute noch wünschen kann."

Er sah sie unverwandt an, so sprachlos, als verstünde er kaum, was sie sprach.

„Irene — was soll dies bedeuten? Du . . ."

„Daß ich dir dein Wort zurückgebe!" Sie zog den Verlobungsring vom Finger und legte ihn auf die Tischplatte. „Du bist frei, Roland, wie ich es wieder bin, von dieser Stunde an!"

„Irene!" schrie Roland auf. Er hatte begriffen. Blitzartig überfiel ihn die Erkenntnis, wie das helle Tageslicht den jäh aus dunklen Träumen Erwachenden. „Irene — du willst — Du könntest —"

„Ich verzichte darauf, eine Nebenfigur in der Komödie zu sein, zu der du dein Leben gemacht hast!" sagte sie herb, wandte sich ab und verließ das Gemach.

(Forts. folgt.)

verschwanden. Die Polizei hält seitdem sämtliche Ausgänge des Grundstücks besetzt, weshalb an ein Entrinnen wohl schwerlich zu denken ist.

*

Den verschmähten Liebhaber seiner Frau mit einem Peitschenstiel erschlagen.

(bu) **Essen**, 9. Mai. Das Essener Schwurgericht beschäftigte sich mit einem Ehedrama, das einen tragischen Ausgang nahm. Angeklagt der Körperverletzung mit Todeserfolg ist der Bergmann Johann Weigel aus Buer-Beckhausen. Bei dem Angeklagten wohnte der Bergmann Theodor Sons in der Zeit von November 1919 bis August 1920 als Kostgänger. Im Laufe der Zeit entspann sich zwischen dem Kostgänger und der Ehefrau des Angeklagten ein Liebesverhältnis. Dieses äußerte sich nach und nach so auffällig, daß es schließlich zu einem Tagesgespräch in Buer-Beckhausen wurde. Um dem Verkehr ein Ende zu machen, kündigte eines Tages der Angeklagte dem Kostgänger die Wohnung. Trotzdem dieser aber ausgezogen war, suchte er die Beziehungen zu der Frau mit allen Mitteln fortzusetzen. Der Kostgänger drohte der Frau, sie mit Gewalt zwingen zu wollen, seine Frau zu werden. Schließlich ging die Frau zur Polizei und suchte Schutz gegen die Belästigungen ihres Liebhabers. Am 14. Dezember versuchte Sons die Frau wiederum zu sprechen, als sie eben in der Wohnung des Händlers Schreck anwesend war. Aus Furcht vor dem Liebhaber, der mit einem Messer bewaffnet war, schlich sie sich in ihre Wohnung, aus der Sons sie rufen ließ. Er verlangte von ihr die endgültige und bündige Erklärung, ob sie bereit sei, seine Frau zu werden. Als die Frau ablehnend antwortete, ging der verschmähte Liebhaber in eine Wirtschaft in Horst und trank sich Mut an für einen Gewaltakt, den er im Schilde führte. Er erzählte, er werde heute abend noch einmal zu der Wohnung der Ehefrau Weigel gehen, und wenn sie ihn nicht erhören werde, wolle er die ganze Hügelstraße, in der die Wohnung des Angeklagten sich befindet, auf den Kopf stellen. Gegen 6 Uhr abends vernahm der Angeklagte ein Klopfen an dem Küchenfenster. Er öffnete diese das Haustor und sah den Liebhaber stehen. Unbemerkt schlich der Angeklagte sich in die Wohnung zurück, holte eine Pferdepeitsche und trat dann auf den Liebhaber zu mit der Frage, was er wolle. Dann schlug er blindlings und in wilder Wut mit dem Peitschenstiel auf den Nebenbuhler so lange ein, bis dieser bewußtlos zu Boden stürzte. Erst, als die Ehefrau dazu kam und den Angeklagten aufforderte, mit der Mißhandlung aufzuhören, stellte er das Schlagen ein. Der mißhandelte Liebhaber wurde in die Wohnung des Angeklagten gebracht und kam von dort aus in das Krankenhaus. Zwei Tage später ist er an den schweren Verletzungen gestorben. Der Schädel war ihm an mehreren Stellen eingeschlagen worden. In der Verhandlung vor dem Schwurgericht machte der Angeklagte den Notwehreinwand geltend und sagte, der Nebenbuhler habe Miene gemacht, ihn anzugreifen. Die Geschworenen bejahten die Schuldfrage nach Körperverletzung mit Todesfolge, worauf der Angeklagte auf Kosten der Staatskasse freigesprochen wurde.

*

Elberfeld, 5. Mai. **Zwei Radfahrer**, die auf einem Tandem (Zweisitzer) die steile Wülfrather Straße herabfuhren, verloren die Gewalt über das Rad, das gegen einen Bordstein des Bürgersteiges fuhr. Einer der beiden Radler, der Färber Otto Köhler, flog mit solcher Gewalt gegen eine Gartenmauer, daß er bald nachher starb. Der andere ist schwer verletzt.

** **Köln**, 7. Mai. **(Zwei englische Flieger verunglückt.)** Zwei Mitglieder des britischen Fliegerkorps der Rheinarmee sind am Mittwoch morgen bei einem Flugzeugunglück in Köln ums Leben gekommen. Das Flugzeug flog über der Stadt in auffallend geringer Höhe gegen 11.45 Uhr vormittags und stürzte über dem Stadtwald ab. Beide Insassen waren sofort tot.

** **Kleve**, 9. Mai. **(Ein Räuber verurteilt.)** Wegen eines vollendeten und eines versuchten schweren Raubes hatte sich der zurzeit sich hier in Haft befindliche Metzger Arthur Rosenberg aus Duisburg-Wannheimerort vor dem Schwurgericht zu verantworten. Am 19. Januar d. Js. wurde der Bergmann Josef Pohl aus Oestrum auf offener Straße unter dem Rufe „Hände hoch" angehalten. Der Ueberfallene wehrte den Räuber ab, darauf erschienen jedoch noch zwei andere maskierte Personen. Der Bergmann verteidigte sich, so daß die Räuber unverrichteter Sache von ihm abgehen mußten. Am 2. Februar gegen ½12 Uhr nachts drangen die Räuber in die Wohnung der Frau Pichnik und forderten von ihr unter Bedrohung mit einem Revolver Geld. Kurze Zeit darauf wurden die in Verdacht stehenden Leute verhaftet, die seit längerer Zeit die Umgegend von Hochemmerich unsicher machten. Die beiden Ueberfallenen bezeichneten bei einer Gegenüberstellung den Angeklagten als einen der Räuber, der das aber in der Verhandlung entschieden bestritt. Der Staatsanwalt beantragte eine Gesamtzuchthausstrafe von 4 Jahren mit den üblichen Nebenstrafen. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu einer Zuchthausstrafe von 6 Jahren und sprach ihm die bürgerlichen Ehrenrechte auf 5 Jahre ab. Drei Wochen Untersuchungshaft wurde angerechnet.

Die gep'ante Besetzung der Ruhr.

J. M. Keynes, der bekannte englische Kritiker des Versailler Vertrages und Lehrer der Volkswirtschaft am Kings College in Cambridge, hat im „Manchester Guardian" und der „New World" einen Artikel über die Besetzung des Ruhrgebiets erscheinen lassen, den wir früher schon erwähnt haben. Nachdem der Verfasser die absolute Rechtswidrigkeit der „Sanktionen" schlagend bewiesen hat, schreibt er:

„Die Tragweite hat nun die besondere Handlung, die beabsichtigt wird? Das des Ruhrgebietes, der besetzt werden soll, ist ein kleiner, eng bevölkerter Bezirk, der dem von Liverpool, Manchester oder dem von Duisburg zu vergleichen ist. Er besitzt eine Bevölkerung von vier Millionen Menschen und ist von einem dichten Netz von Kohlengruben sowie Eisen- und Stahlwerken überzogen. Da die Bevölkerung unbewaffnet ist, meinen die Franzosen, daß sie sie mit 100 000 Mann in Zügel halten können, und indem sie diese Gegend wirtschaftlich vom Rest des Landes abschneiden, hoffen die Franzosen, das nichtlandwirtschaftliche Deutschland in die gegenwärtige Lage Oesterreichs zu bringen. Solche Zerstörungsmaßnahmen vermögen keine Entschädigung hervorzubringen, aber bei geschickter Durchführung können sich wenigstens die Ausgaben bezahlt machen, und sie werden sicherlich einem gefürchteten und gehaßten Nachbarn das Genick brechen.

Drei mächtige Kräfte haben sich vereinigt, um Frankreich zu diesem Entschluß zu treiben. Die Militärpartei mit Foch, die niemals den Gedanken der Rheingrenze aufgegeben hat, sieht darin einen Schritt in der Richtung dieses Zieles und auch eine Möglichkeit, um Frankreich zum tatsächlichen Diktator in Europa zu machen. Die Industriellen mit Loucheur sehen darin ein Mittel, um den größten Stahlbezirk in Europa in die Hand zu bekommen, und so ihre eigenen umfangreichen Unternehmungen sowohl in Frankreich wie in Lothringen zu schützen. Die Politiker mit Briand sehen darin ein Mittel, die unwissenden und leidenschaftlichen Abgeordneten zu beruhigen, die in der reaktionärsten Kammer sitzen, die das republikanische Frankreich jemals gewählt hat. Obwohl ihre Gedanken und Beweggründe wirr sind, denken diese Abgeordneten, anders als die beiden übrigen Faktoren, ernstlich an das Entschädigungsproblem. Briand ist im besonderen dadurch demoralisiert worden, daß er Poincaré überbieten muß. Auch hat er die Erfahrung gemacht, daß die schlechtesten Reden, die er jemals gehalten hat, in Frankreich den lautesten Beifall gefunden haben.

Läßt nun die Lage derartige gewaltsame Maßregeln so bald begründet erscheinen? Niemand kann die endgültigen Folgen einer französischen Besetzung des Ruhrgebietes voraussehen. Dadurch wird an das europäische Pulverfaß ein Streichholz gelegt. Unberechenbare Kräfte der verschiedensten Art werden in Bewegung gesetzt. Schrecken und Verzweiflung mögen Deutschland wieder einmal zwingen, seine leere Zustimmung zu Dingen zu geben, die es nicht erfüllen kann und will, dazu kommt das Gefühl der Erniedrigung für sich selbst und der Verachtung für die Welt. Auch Unordnung und reine Verwirrung können daraus entstehen, ein Streik der Bergarbeiter, ein Sturz der Regierung und neue Möglichkeiten für die Rückkehr der militärischen Führer. Das französische Vorgehen führt zu Zwistigkeit, Zerstörung und Verarmung, und kann nichts Gutes bringen. Es liegt auch kein Grund dafür vor. Denn es ist unwahr, daß drei acht Goldmilliarden, die Deutschland in den letzten 2 Jahren bezahlt hat, materiell weniger darstellen, als es hätte zahlen können. Deutschland hat unter den gegebenen Umständen sehr umfangreiche Lieferungen bewerkstelligt und hat seine Verpflichtungen von Spaa eingehalten. Deutschlands künftige Handlungen liegen noch in der Zukunft. Man kann Deutschlands Absichten verdächtigen, wenn man will, und man kann alle seine Handlungen in der Sprache des niedrigsten Journalismus erörtern. In Wahrheit sind aber die Deutschen ein verschüchtertes und über jede Beschreibung hinaus erniedrigtes Volk, das in seiner Verzweiflung bereit ist, jeden Ausweg zu beschreiten, der es aus seinen Nöten herausführt, und bis zur Grenze seiner Leistungsfähigkeit alles herzugeben, nur um ein ruhiges Leben zu führen und etwas Ansehen zu genießen. Deutschland schlägt einen endgültigen Plan für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete vor und will eine internationale Anleihe aufnehmen, die Frankreich zugute kommen soll. Es will Kohlen, Kali und andere Rohstoffe, die verlangt werden, liefern. Es bietet seine Arbeit und die Verdienste seines Handels an. Ist es recht, den Krieg zu erneuern, weil Deutschland nicht fabelhafte Summen versprechen will, die es nicht hat, und die es, wenn überhaupt, nur zahlen könnte, wenn es einen ungeheuren Handel entwickelte, der mit unserem eigenen in Wettbewerb treten würde. Wir wissen sehr wohl, daß wir keinerlei Absicht haben, dies zuzulassen. Das Reparationsproblem ist noch niemals als solches betrachtet worden, d. h. mit dem Ziele, einen praktischen Plan auszudenken, durch den Deutschland wieder aufbauen kann, was in Frankreich zerstört worden ist. Durch die Besetzung der Ruhr kann das nicht erreicht werden. Diese verfolgt andere Absichten. Ich hoffe, daß England und Italien mit ihrer ganzen Macht dagegen Protest erheben werden. Aber England kann in diesem Augenblick Frankreich seinen guten Willen kundgeben und die Erinnerungen an den anfänglichen Idealismus im großen Weltkonflikt wieder wach werden lassen, indem es verkündet, daß es zugunsten Frankreichs auf alle seine eigenen Ansprüche verzichtet. Amerika hat ebenfalls am Kriege teilgenommen und hat kein Recht, jetzt die Verantwortung abzuwälzen, indem Amerika darauf besteht, daß kein anderer Beweggrund gelten darf, als der Wunsch, wiederherzustellen, was zerstört worden ist, und indem es in unparteiischer Weise jeden praktischen Vorschlag zu diesem Zwecke prüft, kann es der Welt einen großen Dienst erweisen.

Französische Kavallerie in Heiligenhaus.

(TU) Am Mittwoch nachmittag 5¼ Uhr rückte hier eine französische Kavalleriepatrouille in Stärke von 20 bis 30 Mann ein. Ihr folgten in dreiviertelstündigem Abstand weitere 120 Mann. Sie nahmen in Bauerngehöften Quartier. Es befanden sich unter den Leuten viele Teilnehmer, die im Weltkriege mit hiesigen Einwohnern gegen Frankreich gefochten haben. Gestern vormittag rückten sie in Richtung Düsseldorf wieder ab. Man nimmt an, daß der Vormarsch zwecks Quartiermachung erfolgte. Auch der Nachbarort Hösel und die Flecken Meierberg, Homberg und Hofermühle sind von französischen Kavallerietruppen belegt. Heute morgen durchzogen wiederum 40 bis 50 Mann französischer Kavallerie den Ort in der Richtung Kettwig-Ruhr.

Wie die Frankfurter Zeitung von zuverlässiger Seite gemeldet wird, requirierte die französische Militärverwaltung in der Pfalz nicht nur deutsche Kraftwagen sondern übersendet auch Kraftwagenführern Stellungsbefehle. Sie erhalten in der Regel den Befehl sich innerhalb weniger Stunden zur Verfügung zu stellen und für 30 Tage Proviant mitzubringen.

Eine neutrale Stimme.

Politiken schreibt zu dem polnischen Einfall in Oberschlesien:

Dieses Ereignis erinnert an die Seltgowskysche Affäre. Der polnische Minister des Aeußern erklärte seinerzeit, seine Regierung sehe sich nicht imstande, die Truppen Seltgowskys aus den von ihm besetzten Gebieten zu entfernen. Trotz der Proteste des Verbandes und der Noten des Völkerbundes steht Seltgowsky noch immer in Wilna. Die Polen übten im östlichen Oberschlesien schon lange eine terroristische Herrschaft aus, der polnische Plebiszitkommissar Korfanty trieb eine so rücksichtslose demagogische Agitation, daß es fast ein Wunder wäre, wenn es nicht zu einem Aufstand gekommen wäre. Glaubt jemand, daß die Stoßtrupps eines Tages in Automobilen mit schweren Maschinengewehren und Minenwerfern über die Grenze hätte fahren können, ohne daß die polnischen Behörden von einer solchen Tat wußten? Der neue polnische Aufstand in Oberschlesien ist, wie der Einmarsch Seltgowskys in Litauen, kein zufälliges Ereignis, er ist ein Glied der polnischen Politik, gegen die sich Europa richten muß, wenn es noch jemals zum Frieden kommen soll; er ist eine Folge der polnischen Eroberungs- und Gewaltpolitik, der kein Einhalt geboten wurde, weil die leitenden Verbandsmächte in ihrer Beurteilung leider nicht einig waren. Die letzten Ereignisse hatten gezeigt, daß es mit der Entscheidung über das Schicksal Oberschlesiens eilt. Die wirtschaftliche Bedeutung Oberschlesiens ist so groß, daß Europa sich nicht dareinfinden kann, daß polnische Banden seine Erzeugung stören.

Wirtschaftspläne Rußlands.

Aus eingehenden Unterhaltungen mit den Mitgliedern und dem Vizepräsidenten des „Allrussischen Obersten Wirtschaftsrats" entnahm ich: Angesichts der jammervollen Lage der russischen Wirtschaft ist ein sofortiges weitgehendes Zurückgreifen auf ausländisches Kapital und ausländische Industriewerte zwingend notwendig. Da Rußland selbst Gegenwerte für einzuführende Produktionsmittel in der benötigten Menge nicht aufbringen kann, tritt die Gewährung von Konzessionen immer mehr in den Vordergrund. Infolge schwerer Meinungsverschiedenheiten innerhalb der leitenden kommunistischen Kreise hat die Art und Weise der Zulassung und Betätigung des Kapitals und der von diesem geforderten Garantien keine endgültige Gestalt angenommen. Um schnellere Werte zu schaffen, ist die erstmalige Abgabe von Konzessionen für leicht zugängliche Wälder im europäischen Rußland an einen äußerst leistungsfähigen Konzern geplant. Bedingung ist dabei: schnellste Lieferung von Gegenwerten in Gestalt von Maschinen und Lebensmitteln nach dem Grubengebiete im Donez-Becken oder die vollständige Wiederherstellung des Grubengebietes durch den Inhaber der Konzession selbst unter russischer Aufsicht; schnellste Lieferung landwirtschaftlicher Maschinen oder die Bewirtschaftung der nicht nationalisierten Fabriken für diese Maschinen. Lenin ist bereit, die größeren Fabriken zu entnationalisieren. Die schwedischen Kugellagerfabriken und der Elektrizitätstrust unterhandeln eingehend auf dieser Grundlage. Trotz der gegenteiligen Meldungen gehen auch die Verhandlungen mit Vanderlip weiter, diesmal über Konzessionen oder weitestgehende Uebernahme der vorhandenen Holzindustrie in Archangelsk. Gleichzeitig sind geplant umfassende Konzessionen in den landwirtschaftlichen Gebieten Sibiriens an Arbeitergenossenschaften, die durch deutsche und englische Arbeiterkonsumgenossenschaften mit Geldmitteln versehen und nutzbar gemacht werden sollen. Dies ist das Lieblingsprojekt des linkskommunistischen Flügels.

Weitere Nachrichten.

— **(Eine deutsche Danknote an die Vereinigten Staaten.)** Die letzte Amtshandlung des Kabinetts Fehrenbach war die Absendung einer Note an die Regierung der Vereinigten Staaten, worin der amerikanischen Regierung der Dank ausgesprochen wird für die Uebernahme der Vermittelung zwischen Deutschland und den Alliierten, auch wenn sie nicht zu dem von der deutschen Regierung gewünschten Erfolge geführt hat.

— **Generalfeldmarschall v. Hindenburg** ersucht das Wolffbüro um Verbreitung der Erklärung, daß er in keiner Weise besagt sei, eine nachträgliche Verleihung von Kriegsorden herbeizuführen oder solche gar selbst zu verleihen.

— **(Die Hansastädte für die schwarz-weiß-rote Flagge.)** Die Senate der drei Hansastädte beschlossen schon vor mehreren Wochen, im Reichsrat den Antrag zu stellen, in den Artikel 3 der Reichsverfassung die letzten Worte, die sich auf die Reichsfarben in der oberen inneren Ecke beziehen, zu streichen und die schwarz-weiß-rote Flagge als Handelsflagge einzuführen. Die Hansastädte faßten diesen Beschluß, weil sie von der unbestrittenen Annahme ausgehen, daß die schwarz-weiß-rote Flagge nach wie vor als Wahrzeichen deutscher wirtschaftlicher Leistungen im Auslande angesehen wird und eine Aenderung nur zu überflüssigen Schwierigkeiten beim Wiederaufbau des deutschen Ansehens führen würde.

— **(Schwarze Besatzungssoldaten als Mörder deutscher Bürger.)** Der männliche Angestellte Burgmann wurde auf dem Wege von Höchst nach der Villenkolonie in Sindingen, unweit des Wasserturms, überfallen und beraubt. Ein Fabrikwächter fand den Unglücklichen später mit durchschnittener Kehle tot auf. Der Ermordete befand sich auf dem Wege nach seiner in der Kolonie gelegenen Wohnung. Zwei Marokkaner, die der Tat geständig sind, wurden bereits verhaftet.

— **(Der amerikanische Außenhandel um die Hälfte gesunken.)** Nach einer Meldung aus Atlantic City, erklärte der Finanzmann Jac Hughe, der Vorsitzende der Seemannskommission: Es sei notwendig, den ausländischen Käufern langfristige Kredite zu gewähren, um die augenblickliche Lage und die Steigerung der Lähmung des Geschäfts zu bekämpfen. In den letzten 5 Monaten sei der amerikanische Außenhandel um die Hälfte gesunken. 650 Schiffe der City Board seien stillgelegt und die Schiffe, die von Newyork nach Europa abgingen, hätten nur 30% Ladung.

— **Mißwirtschaft eines kommunistischen Stadtrates.** Der Schaden, [illegible] die Stadt Halle durch die Mißwirtschaft des [illegible]kommunistischen Stadtrates Osterburg, des [illegible]enten des städtischen Holzplatzes, erleidet, wird auf 2½ Millionen Mark geschätzt. Etwa die Hälfte des dort lagernden Holzvorräte sind verdorben. Der kommunistische Stadtrat Osterburg ist vor kurzem geflüchtet und soll sich in Norwegen aufhalten.

— **Direktor Birndörfer freigesprochen.** In der Strafsache wegen Bestechung gegen den ehemaligen Direktor des Ebenhotels in Berlin, Birndörfer, der von der Schweiz ausgeliefert wurde, erkannte die Strafkammer des Landgerichtes II in Berlin auf Freisprechung. Der Staatsanwalt beantragte 6 Monate Gefängnis.

— **Vater und Sohn von Wilderern erschossen.** Der in den sechziger Jahren stehende Förster Huebel von der hohenzollernschen Forstverwaltung zu Seidel, Kreis Köslin, und sein 24 Jahre alter Sohn, der bei dem Vater zur Ausbildung war, wurden in der Nacht zum Freitag in der Nähe von Brückenburg von Wilderern erschossen. Zu dem Vorfall erfährt die Telegraphen-Union folgendes: In den hohenzollernschen Forsten wurde zur Zeit viel gewildert. Am Donnerstag nachmittag gegen 6 Uhr verließen Förster Huebel und sein Sohn ihre Behausung, um ins Revier zu gehen. Gegen 10 Uhr wollten sie zurück sein. Da die Genannten nach Mitternacht noch nicht zurückgekehrt waren, benachrichtigte die Frau des Erschossenen die Oberförsterei. Der Oberförster ging auf die Suche und fand die Vermißten erschossen an der genannten Stelle. Nach der Lage der Schüsse wird angenommen, daß Förster Huebel und sein Sohn hinterrücks erschossen worden sind. Der Vater hatte einen Kopfschuß, der Sohn einen Bauchschuß. Von den Tätern fehlt jede Spur. Die Ermittlungen wurden von zuständiger Seite in Köslin aufgenommen.

Finanzielle Zugeständnisse der Alliierten.

(TU) **London**, 7. Mai. Daily Chronicle erfährt, daß man in dem neuen Zahlungsplan verschiedenen von den Deutschen geäußerten Beschwerden Rechnung getragen habe. Die Deutschen wünschten, daß die ganzen festen Jahresraten erst zu einem späteren Zeitpunkt bezahlt werden sollten und daß die sechs Milliarden laut Pariser und die sieben Milliarden laut Brüsseler Beschlüssen zu hoch waren. Jetzt werden sie nicht höher als zwei Milliarden sein. Die darüber zu bezahlenden Jahresraten hängen vollkommen von Deutschlands wirtschaftlichem Wiederaufbau ab und können nicht zunehmen, ohne daß sich die deutsche Ausfuhrindustrie entwickelt. Ferner besteht man nicht mehr auf der Teilnahme der Alliierten an den finanziellen und industriellen Unternehmungen Deutschlands.

Neue französische Truppen nach dem besetzten Gebiet.

(TU) **Nancy**, 7. Mai. Die Mobilisation bringt immer neue Truppen nach den Garnisonen. Mehrere Züge mit Truppen und Material sind über Straßburg und Metz nach dem besetzten Gebiet abgegangen.

*

Kleine Nachrichten.

Der hundertste Todestag Napoleons I. wurde in Paris durch einen Trauer-Gottesdienst in der Kirche Notre Dame begangen. Der Präsident der Republik hat sich dabei vertreten lassen.

Die in der Republik Kuba insbesondere in Havanna, veranstaltete Sammlung zur Linderung der Not der deutschen Kinder ergab mehr als eine Million Mark.

Einem Wiener Telegramm zufolge ist Donnerstag nacht der bekannte Pazifist und Nobelpreisträger Alfred H. Fried in einem Sanatorium in Wien plötzlich gestorben.

Reichspräsident Ebert hat den deutschen Botschafter Dr. Mayr nach Berlin berufen. Dr. Mayr ist gestern vormittag abgereist. Auch der deutsche Gesandte in Wien von Rosenberg ist nach einer Meldung der Vossischen Zeitung nach Berlin berufen.

Der Aeltestenausschuß des Reichstages beschloß gestern, die Verhandlungen des Hauses auch in der nächsten Woche weiterzuführen.

Prinz Heinrich der Niederlande ist in Berlin eingetroffen, um als Vorsitzender des niederländischen Roten Kreuzes dem deutschen Roten Kreuz eine große Menge persönlich gesammelter Liebesgaben zu überreichen.

Nach einem Kabeltelegramm der Chikago Tribune aus Newyork kündigte die United Steel Corporation eine allgemeine Herabsetzung der Löhne um 20% am 16. Mai an. Diese Maßnahme erstreckt sich auf 150 000 Arbeiter. Vor einem Jahr beschäftigte das Unternehmen 260 000 Arbeiter.

Der Inhaber der Berliner Kohlengroßhandlung Cäsar Wollheim, Eduard Arnold, ist nach London berufen worden. Der Zweck soll dem Blatt zufolge darin bestehen, den deutschen Botschafter in den Darlegungen über die Unteilbarkeit Oberschlesiens zu unterstützen.

In Stuttgart wurde der kommunistische Stadtrat Fritz Weigel verhaftet, der gelegentlich einer Kundgebung der Stuttgarter Kommunisten vor einigen Wochen zum gewaltsamen Umsturz aufgefordert hat.

Wie der „Konfektionär" mitteilt, wird in aller Kürze das Ausfuhrverbot für Gegenstände der Bekleidung außer Kraft gesetzt werden und eine Ausfuhrfreiliste erscheinen. Damit könne natürlich die Ausfuhrabgabe nicht fortfallen.

Die Sowjetwahlen sind beendet. Gewählt wurden 1860 Sowjetabgeordnete, darunter 1400 Kommunisten, 363 Antikommunisten und 39 Angehörige verschiedener Parteien.

Aus Athen wird über London gemeldet, daß Konstantin abzudanken gedenke, Gunaris werde nach seinem Besuch in Smyrna sich nach London begeben, um über diese Abdankung zu verhandeln.

Zahlreiche Seeleute in ganz Amerika legten wegen Lohnstreitigkeiten die Arbeit nieder infolge eines Beschlusses, eine 15%ige Lohnermäßigung eintreten zu lassen. Die Unionisten rechnen, daß ungefähr 20 000 Seeleute und 10 000 Maschinisten in den nächsten 24 Stunden die Schiffe im Neuyorker Hafen verlassen.

Die Führer des Gewerkschaftskartells in Halle (Saale) Hennig, Koch, Walther und Herbig, sind aus der Kommunistischen Partei ausgetreten.

Das Abgeordnetenhaus der Vereinigten Staaten hat mit überwältigender Mehrheit einen Zusatz zu dem Gesetzentwurf über den Haushalt angenommen, der besagt, daß kein Geld zum Bau von Kriegsfahrzeugen verwendet werden soll, ehe Harding nicht die internationale Entwaffnungskonferenz einberufen habe. Der Zusatzantrag wurde ohne Abstriche genehmigt und geht jetzt dem Senat zu.

Vereinsnachrichten.

Kamen, 9. Mai. **Der Männergesangverein „Teutonia"**, der sich unter Bräutigams Leitung vorzüglich entwickelt hat, gibt am 18. September im Schützenhof ein großes Konzert, bei dem der Konzertsänger Heldenbariton Fritz Schäfer aus Schwerte mitwirken wird. Am 19. Juni geht „Teutonia" zum Wettstreit nach Ahlen, woselbst die Kamener unter starker Konkurrenz in der 2. Klasse den Fremdenlegionär singen werden. — Die Sängervereinigung gibt am Sonntag, den 17. Juli in den Parkanlagen des Bades Königsborn ein Konzert.



Statt jeder besonderen Anzeige.

Heute morgen 6 Uhr entschlief sanft nach langer schwerer Krankheit, meine innigstgeliebte Frau, unsere unvergessliche Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Frau August Sudhaus

Wilhelmine geb. Quabeck

im Alter von 48 Jahren.

Kamen, Niederaden, Hörde, Han.-Münden, Lünen, den 7. Mai 1921.

2285 In tiefem Schmerz:

Familie August Sudhaus.

Die Beerdigung findet Dienstag, den 10. Mai, nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause, Weststrasse 64, aus statt.



Nach Gottes unerforschlichem Ratschluß entschlief plötzlich und unerwartet heute nachmittag 1½ Uhr infolge Herzschlages meine liebe, gute Frau, unsere herzensgute Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwägerinnund Tante

Frau Luise Henter

geb. Kropff

im vollendeten 64. Lebensjahre.

In tiefem Schmerz:

Karl Henter und Kinder.

Kamen, den 7. Mai 1921.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 11. Mai, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause aus statt.

Hausandacht ½ Stunde vorher. 2238

Von Beileidsbesuchen bitten wir Abstand zu nehmen.

Barmer Bank-Verein

Hinsberg, Fischer & Comp., Unna, Bahnhofstr. 45.

Kapital und Reserven **Mk. 260000000**

Annahme v. Spargeldern zur Verzinsung (4% bei 6 monat. Kündigung).

Gewährung v. Personal- u. Realkrediten

An- u. Verkauf von Wertpapieren, Wechseln auf Ausland u. fremden Geldsorten

Eröffnung von provisionsfreien Scheckkonten. 1946

Vermietung von Stahlschrankfächern.

Ungepreßt

wird jeder

Herren- und Damen-Hut

(Stroh und Filz)

in eigener Werkstatt schnell und billig. 1986

Gebr. Keil, Kamen, Bahnhofstraße

Zur kommenden Pflanzzeit!

empfehle u. a.

frühreifende Tomaten,
la. Kürbispflanzen, Neuseeländer Spinat, Knollen-Sellerie.

Gärtnerei Westerich.

Unreiner Teint

Mitesser, Blüten verschwinden sehr schnell, wenn man abends den Schaum v. Zucker's Patent-Medizinal-Seife eintrocknen läßt. Schaum erst morgens abwaschen u. mit Zuckoh-Creme nachstreichen. Großartige Wirkung, v. Tausenden bestätigt. In allen Apoth., Drogerien, Parfümerie- u. Friseurgeschäften erhältlich

---

Habe für immer im Garten und auf dem Pachtland - 2173

Gift gelegt!!

Karl Borghardt,
Südkamen.

Neue Modelle Neue Preise

für

MÖBEL

Speisezimmer
Herrenzimmer
Schlafzimmer
Küchen

Meine neuen Preise ermöglichen weiten Kreisen, sich mit verhältnismässig geringen Mitteln eine in vollendet schönen Formen gehaltene Einrichtung gediegenster Ausführung zu beschaffen. Verlobte u. Interessenten wollen sich durch die Besichtigung von meinem vorteilhaften Angebot überzeugen.

Die Aufbewahrung der Zimmer erfolgt bis Herbst kostenlos.

Heinrich Herlitz 2096

Hamm (Westf).

Bahnhofstrasse 14—16. Luisenstr. 1—3.

Evangelische Frauenhilfe Kamen.

Die Beerdigung unseres verstorbenen Mitgliedes

Frau Luise Henter

findet am **Mittwoch, den 11. Mai 1921, nachm. 2¾ Uhr,** vom Trauerhause, Unnaerstr. aus statt. Unsere Mitglieder werden gebeten, sich daselbst zu versammeln. 2239

Der Vorstand.

Gelegenheitskauf.

Gebrauchtes Piano billig zu verkaufen. Desgl.

neue Pianos

mit 10jähriger, schriftlicher Garantie von 8500—9600 M. incl. Steuer. (Feinste Friedensausführung). p2084

Pianomagazin

Fritz Jürgens, Hamm (Westf.) Ost- u. Eylerstraße-Ecke, Telephon 1290.

Drainröhren

in allen Weiten liefert waggonweise 86

Heinrich Dalhoff,
Hiltrup i. W., Tel. 22.

---

1 guter

Zimmerofen

wegen Umzuges zu verkaufen. 2179

Näheres in der Geschäftsst. d. Ztg.

---

3 photographische Apparate 2191

billig zu verkaufen.

Wo, sagt die Geschst.

---

1 Gefatlich und 1 eiserne Bettstelle

zu verkaufen. 2233

Bahnhofstraße 40.

Eine Glucke

mit 9 Küken zu verkaufen. 2231

Nordenmauer 48.

---

1 großer 3teiliger 223.

Schrank

zu verkaufen. Dortselbst **Runkel** gegen **Pflanzkartoffeln** umzutauschen.

H. Möske, Schulstraße 1.

Mädchen oder Frau

für halbe Tage für Gartenarbeiten gesucht.

Gärtnerei 2237

Gustav Westerich.

Sauberes 2234

Mädchen

zum 1. Juni gesucht.

Weststraße 44.

Alfred Funke,

Kamen Telephon 24. **Mengede** Telephon 342.

empfiehlt sich zur Ausführung von

elektrischen

Licht- u. Kraft-Anlagen

jeder Art und Größe.

Sämtliche Beleuchtungskörper und Motore preiswert.

Verlangen Sie unverbindliche Kostenanschläge 2181 oder Vertreterbesuch.

Radfahrer.

Habt Ihr Reparaturen?

Braucht Ihr Ersatzteile?

Wollt Ihr gut und fachmännisch bedient sein?

So kommt zum Spezialgeschäft von

Albert Karrenberg,

Weststraße 75. 2215

Kranke Frauen Männer

welche bisher keine Hülfe fanden, versuchen Sie mein komb. Heilverfahren bei

Beinschäden als Krampfadern, Entzündungen, Geschwüren, geschwollenen Beinen, Steifheit, eingewachsenen Nägeln, Hautleiden, jeder Art Flechten, Krätze, Hautverdickung, Hautschwunden, Hühneraugen usw.

Frauenkrankheiten, Blutarmut, Bleichsucht, Nervens., Magen- und Leberleiden, Gicht und Rheumatismus, Wassersucht, Krämpfe, Fallsucht).

Bandwurm, Spul- und Madenwurmer werden in 2 Stunden schmerz- und gefahrlos entfernt.

Bruchleiden werden vera lonsl. nach dem Dr. Reimannschen Heilsystem behandelt.

Nieweis Naturheilinstitut Dortmund,

Liebfrauenstraße 20 an der Liebfrauenkirche.

Aeltestes Institut am Platze. Keine Dankschreibenreklame.

Sprechstu den täglich (außer Dienstags) von 9 bis 12 Uhr und 2 bis 5 Uhr, Sonntags nur vormittags. p8.

Nettes junges

Mädchen

aus ordentlicher Familie zur Beaufsichtigung und zum Ausgehen mit den Kindern sofort gesucht. 2204

Arthur Heinze,
Unna, Bahnhofstraße 18.

2204

Jüngeres

Mädchen

von 14—16 Jahren für halbe oder ganze Tage gesucht. 2206

Näheres in der Geschäftsst. d. Kam. Ztg.

Mädchen

für ganze oder halbe Tage gesucht. 2229

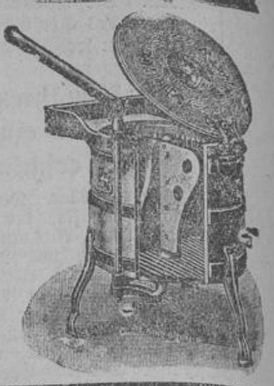
Frau Wegener.
Lünenerstr. 20, 1. Etg.

Sauberes p2191

Morgenmädchen

für sofort gesucht.

Bahnhofstraße 40.



Waschmaschinen

aller Systeme kaufen Sie sehr preiswert bei

Carl Müller
Kamen.

2101

Achtung!

Ab heute verkaufe ich auf meinem Lager **Bahnhofstraße 23:**

2 Waggon prima Industrie-Speise- u. Pflanzkartoffeln

zu billigsten Preisen. — Bei Abnahme von größeren Posten gebe Preisermäßigung.

Wilhelm Neff.
2241 Nachfolger **Peter Kamp.**

Oeffentliche Belehrung

über die Impfung gegen den Rotlauf der Schweine.

Der Rotlauf der Schweine fordert in Gegenden, in denen die Impfung noch nicht recht bekannt wurde, erhebliche Opfer. Bedenkt man, mit welchen Geldopfern in vielen Haushaltungen versucht wird, zu Mastzwecken erworbene Ferkel groß zu ziehen, bedenkt man die unsägliche Mühe, die die Aufzucht in landwirtschaftlichen Betrieben verursacht, und stellt den heutigen Wert der Schweine in Rechnung, so wird jeder einsichtige Tierbesitzer gern zu dem Mittel greifen, das seine Tiere fast unfehlbar schützt, wenn es ihm bekanntgegeben wird. **Dieses einzige Mittel zur Verhütung und Heilung des Rotlaufs der Schweine ist die Impfung.** Es kann nicht oft genug vor dem Ankaufe von sogenannten Rotlaufpulvern gewarnt werden, die in einigen Apotheken und Drogerien feilgehalten und von verschiedenen Apothekenbesitzern usw. in Büchern und sonstigen Veröffentlichungen, in denen sie auch für jede andere Krankheit wie Milzbrand usw. Mittel anzeigen, angepriesen werden. Diese Mittel schädigen, weil sie wertlos für die Bekämpfung der Seuchen sind, nicht nur den einzelnen Tierbesitzer, sondern auch die Allgemeinheit. Zur Bekämpfung der Rotlaufseuche der Schweine wird seit längerer Zeit die Impfung der gesunden Bestände als Vorbeugungsmittel (Schutzimpfung) und die Impfung verseuchter Bestände (Heilimpfung) von Tierärzten, wie die überreichliche Erfahrung lehrt, mit bestem Erfolg ausgeführt. Der wesentliche Vorteil der Schutzimpfung besteht darin, daß durch sie dem Ausbruche der Rotlaufkrankheit vorgebeugt wird. Die Tiere werden durch die Impfung seuchenfest und erlangen, wenn die Impfung richtig ausgeführt wird, einen Seuchenschutz von mindestens 5 Monaten. Um jedoch den Schweinen diesen längeren Schutz gegen die Ansteckung mit Rotlaufkeimen zu geben, ist es erforderlich, eine doppelte Impfung auszuführen. Die Tiere müssen geimpft werden a) mit sogenanntem Rotlaufserum und b) mit Rotlaufkulturen. Geschieht dies nicht, sondern werden die Tiere nur mit Rotlaufserum allein geimpft, so ist der Schutz der Impfung mangelhaft und dauert nur kurze Zeit, und zwar höchstens 2—3 Wochen. Nun ist aber das Verimpfen von Rotlaufkulturen nur Tierärzten gestattet, weil diese Kulturen die Erreger des Rotlaufs in noch wirksamerer Form enthalten und es bei der Handhabung mit Rotlaufkulturen besonderer Vorsicht bedarf. Nur die Tierärzte also sind in der Lage, eine sachgemäße Impfung gegen Rotlauf auszuführen, während anderen Personen (Laien) das Arbeiten mit Krankheitserregern des Rotlaufs polizeilich verboten ist. Da aber solchen Personen die Rotlaufkulturen nicht zugänglich sind, sie sich überdies auch durch die Handhabung mit denselben strafbar machen würden, so impfen sie lediglich mit Rotlaufserum. Diese Laien suchen also die Tierbesitzer zu täuschen, indem sie denselben vorzureden versuchen, daß ihre Impfung mit Serum allein den gleichen Wert besitze, wie die Doppelimpfung mit Serum und Kultur. Zweifellos werden die Tierbesitzer durch eine derartige minderwertige Impfung von Schweinen durch Nichttierärzte geschädigt. Es wird deshalb hiermit öffentlich zur Warnung auf dieses verbotswidrige Treiben hingewiesen.

Vorstehende Belehrung wird hiermit veröffentlicht!

Hamm i. W., den 27. April 1921.

Der Landrat: Schulze-Pelkum.

Visitenkarten

in jeder Ausführung
liefert schnell und preiswert

Kamener Zeitung,
Weststrasse 10